

# Mehr Schweiz wagen

Deutschland tut sich schwer mit der wachsenden Opposition der AfD. Was tun? Die Demokratie stärken heisst, die politischen Gegner einzugrenzen.

Reiner Eichenberger, Patricia Schafer und David Stadelmann

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland hatten einst den Ruf, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme ernsthaft anzugehen. Nun herrscht ein anderes, von der jetzigen und der Vorgängerregierung geprägtes Bild. Das ebnete den Boden für neue Oppositions- und Protestparteien, insbesondere für die Alternative für Deutschland (AfD), die die ungelösten Probleme erfolgreich bewirtschaften kann.

Demokratie lebt vom intensiven Parteienwettbewerb. Er hält die Regierung zu problem-lösungsorientierter Politik an. Doch auf den Wettbewerb durch die AfD reagieren die angestammten Parteien mit Ausgrenzung. Dies erlaubt der AfD, die angestammten Parteien als den demokratischen Wettbewerb unterdrückendes Machtkartell zu verschreiben und sich selbst als «Alternative» zu einem aus den Fugen geratenen System darzustellen.

## Zähmung der Extremisten

Werden Deutschlands Probleme nicht angegangen und die AfD weiterhin ausgegrenzt, dürfte sie in manchen Bundesländern, Kreisen und Gemeinden die führende Partei und zur Königsmacherin oder Unterstützerin einer Minderheitsregierung werden. Sie auszugrenzen oder gar von demokratischen Wahlen auszuschliessen, birgt deshalb immer grössere Gefahren für die gesellschaftliche Stabilität und die Demokratie. Was also tun?



„Sie wollten doch eine Top-Führungskraft, die hier mal so richtig aufräumt...“

Es gilt, den demokratischen Wettbewerb in Deutschland zu stärken und so zu gestalten, dass sich angestammte und neue Parteien sowie ihre ambitionierten Vertreter konstruktiv und fruchtbar an der Entwicklung Deutschlands beteiligen. Das mag manchen mit Blick auf die AfD und zukünftige linke und rechte Protestparteien naiv und utopisch erscheinen, ist es aber nicht! Eine institutionelle Reform könnte den relativ fähigen Politikern aller Partei-

## Die politische Stabilität und den Wohlstand verdankt die Schweiz ihren politischen Institutionen.

en wirksame Anreize geben, sich stärker in der politischen Mitte zu positionieren, moderater zu politisieren und ernsthaft Probleme anzugehen.

Wie das gehen kann, zeigt ein Blick in die Schweiz. Ihre hohe politische Stabilität und ihr grosser Wohlstand – die Wirtschaftsleistung pro Kopf ist zu laufenden Wechselkursen umgerechnet rund 90 Prozent höher als in Deutschland – liegen nicht an dem längst geschleiften Bankgeheimnis, der Verschonung vor den Weltkriegen oder gar den Schweizer Genen, sondern an den politischen Institutionen. Sie geben politischen Entscheidungsträgern Anreize, die Probleme ernsthaft und konstruktiv anzugehen.

Natürlich gibt es auch in der Schweiz rechte Parteien, insbesondere die Schweizerische Volkspartei (SVP). Sie verhält sich aber trotz hoher Zuwanderung und hohem Ausländeranteil moderater als die AfD und andere rechte Parteien in Europa, und ihre Mitglieder wirken in wichtigen Regierungsfunktionen auf allen staatlichen Ebenen mit. Die Regierungen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene setzen sich normalerweise aus fünf bis sieben Mitgliedern von Parteien eines breiten politischen Spektrums zusammen, die kollegial zusammenarbeiten, was auch als Konkordanz bezeichnet wird.

Zur Erklärung von Konkordanz und Problemlösungsorientierung der Schweiz werden zumeist ihre direkte Demokratie und klein-

räumige Dezentralisierung herangezogen. Ebenso wichtig dürfte aber das spezielle Schweizer Wahlsystem sein. Wie das deutsche System vereint es Elemente von Verhältnis- und Mehrheitswahlen, unterscheidet sich aber doch grundlegend:

1. — Mit Verhältniswahlrecht werden die relativ unwichtigen Politiker gewählt: auf Gemeinde- und Kantonebene die Parlamentsmitglieder und auf Bundesebene die Mitglieder des Nationalrats, der grossen der zwei gleichberechtigten Parlamentskammern (200 Sitze). Mit Mehrheitswahlrecht werden hingegen die relativ wichtigen Politiker gewählt: die Mitglieder der Kantons- und Gemeinderegierungen sowie auf Bundesebene die Mitglieder des Ständerats, der kleinen Parlamentskammer (46 Sitze).

2. — Die Mehrheitswahlen finden in Mehrpersonenwahlkreisen statt. Das heisst, mehrere Kandidaten aller Parteien treten für mehrere Sitze gleichzeitig in einem Wahlkreis an. Dabei hat jeder Bürger so viele Stimmen, wie es Sitze im Wahlkreis zu besetzen gibt. Diese kann er frei auf die Kandidaten verteilen, wobei er jedoch höchstens eine Stimme pro Kandidat abgeben kann. Gewählt sind diejenigen Kandidaten, die im ersten Wahlgang ein absolutes Mehr erreichen oder im zweiten Wahlgang am meisten Stimmen gewinnen.

Aus der Kombination von Verhältniswahl und Mehrheitswahlen in Mehrpersonenwahlkreisen erwachsen fruchtbare Anreize für die Parteien und Politiker: Das Verhältniswahlrecht bewirkt, dass es viele Parteien gibt, die sich breit über das politische Spektrum verteilen und alle Meinungen abbilden. Bei den Mehrheitswahlen in Mehrpersonenwahlkreisen für die wichtigen Ämter stellen die Parteien aus strategischen Gründen nur einzelne Kandidaten mehr auf, als es ihrem Wähleranteil entspricht. So konzentrieren sich die Stimmen der ihnen nahestehenden Wähler auf ihre wenigen Kandidaten und steigern deren Wahlchancen. Als Folge können Wähler nur alle ihre Stimmen einsetzen, wenn sie Kandidaten



*Wer erfolgreich sein will, muss echte Lösungen vorschlagen, moderat agieren, sich einmitten.*

verschiedener Parteien wählen. Dadurch wird es für die Kandidaten für eine erfolgreiche Wahl wichtiger, nicht nur den Wählern ihrer eigenen Partei zu gefallen, sondern auch den Wählern anderer Parteien. Folglich hat Wahlchancen, wer sich in der Mitte des politischen Spektrums positioniert, mit Kompetenz überzeugt, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Politikern aller Parteien glaubwürdig signalisiert und ernsthafter, lösungsorientierter und auch anständiger politisiert. Schmutzkampagnen gegen einzelne Politiker werden unattraktiv. Wer nur andere schlechtmacht, schadet zwar diesen Politikern, hilft aber zugleich allen anderen Wettbewerbern.

Damit hat das Schweizer Wahlsystem gewichtige Vorteile: Es führt zu einer parteidurchmischten Kollegialregierung, wobei die Politiker aber trotzdem einigermaßen in der Mitte stehen, wenig ideologisch sind und am Wohl aller Bürger interessiert sind. Dies erleichtert die Zusammenarbeit innerhalb der Regierung, schafft breite Integration und hohe Akzeptanz der Entscheide. Gleichzeitig sind Mehrheitswahlen in Mehrpersonenwahlkreisen sehr wettbewerbsfähig. Der Wettbewerb findet aber nicht grob und laut durch abrupte Wechsel der gesamten Regierungsmacht oder Parlamentsmehrheit statt, sondern feiner abgestuft und unaufgeregter. Insgesamt vereint das System permanenten Wandel mit grosser Stabilität.

### Chance für Deutschland

Das Schweizer Modell der Mehrheitswahlen in Mehrpersonenwahlkreisen lässt sich einfach und risikolos auf Deutschland übertragen. Da in seinem Wahlsystem das Verhältniswahlrecht zentral ist, hat es bereits ein Mehrparteien-

system. Es müssten also nur noch für wichtige politische Ämter Mehrheitswahlen in Mehrpersonenwahlkreisen eingeführt werden.

Dies würde nicht nur die Anreize der Vertreter von AfD und allen zukünftigen neuen Parteien zu moderatem Verhalten stärken, sondern auch die parteiinterne Auswahl ihrer Köpfe verändern: Moderate und problemlösungsorientierte Personen müssten die AfD nicht mehr meiden. Die Kandidaten für Ämter, die eine Positionierung in der Mitte statt an den politischen Rändern verlangen, wären dann daran interessiert, dass sich die AfD insgesamt mehr als konstruktive politische Kraft und weniger als Protestpartei einbringt. Es gilt: Wer

### *Mit der Volkswahl der Bundesregierung könnte Deutschland zum weltweiten Vorbild werden.*

erfolgreich sein will, muss echte Lösungen vorschlagen, moderat agieren und sich «einmitten». Tut die AfD dies nicht, verlöre sie die Chance, sich an Regierungen zu beteiligen. Da dies dann aufgrund einer Volkswahl passieren würde, wären ihr Argument der «Ausgrenzung» sowie ihr Protestgehabe unglaubwürdig. Die AfD und neue Protestparteien würden so schnell zu ziemlich «normalen» Parteien.

Am einfachsten könnte mit der Einführung von Mehrheitswahlen in Mehrpersonenwahlkreisen auf kommunaler Ebene begonnen werden. Dort könnte statt dem volksgewählten Bürgermeister so wie in Schweizer Gemeinden eine Regierung von fünf, sieben oder auch neun Personen gewählt werden, zeitgleich und in

einem Wahlkreis mit der Mehrheitsregel. Dafür sind zwei Wahlgänge sinnvoll, wobei im ersten das absolute Mehr gilt, im zweiten das relative Mehr. Wie genau die Detailregeln ausgestaltet werden, kann den Bundesländern oder Gemeinden überlassen werden. Vielfalt ist auch hier von Vorteil, weil sie gegenseitiges Lernen fördert. Die Bundesländer könnten auch gezielt Versuche von Gruppen von Gemeinden unterstützen und diese wissenschaftlich begleiten lassen.

Sodann könnte die Regel auch gut auf die Wahl der Regierung von Bundesländern übertragen werden. Statt der Wahl der Ministerpräsidenten durch das Parlament könnten dann die Bürger so wie in Schweizer Kantonen ein Regierungskollegium direkt wählen. Und schliesslich wäre auch die Wahl der Bundesregierung nach diesem Verfahren möglich. In der Schweiz wird die Bundesregierung noch durch das Parlament gewählt, mit einer Regel, die ebenfalls eine parteiliche Durchmischung der Regierung und Konkordanz bewirkt. Mit der Volkswahl der gesamten Bundesregierung könnte Deutschland zum weltweiten Vorbild werden, auch für die Schweiz.

**Reiner Eichenberger** ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Uni Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA – Center of Research in Economics, Management and the Arts.

**Patricia Schafer** ist Diplomassistentin und Doktorandin am Lehrstuhl für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

**David Stadelmann** ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth und Senior Fellow am Schweizer Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern (IWP).